

28.04.2015

# Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der PIRATEN (Drs. 16/8449)

**Nach dem schlimmsten Flüchtlingsunglück im Mittelmeer: Die Europäische Union muss Abschottungspolitik mit „Triton“ durch ein ziviles europäisches Seenotretungsprogramm für Flüchtlinge ersetzen**

## I. Sachverhalt

Nicht zum ersten Mal löst eine Schiffskatastrophe im Mittelmeer in ganz Europa Trauer, Entsetzen und große Betroffenheit aus. In der Sitzung des Landtags am 17. Oktober 2013 haben die Rednerinnen und Redner aller Fraktionen den festen Willen bekundet, in landespolitischer Verantwortung auf eine Verbesserung der Lebenssituation der Mitmenschen aus den Katastrophengebieten, die in Nordrhein-Westfalen Zuflucht und Schutz suchen, hinzuwirken: in puncto Unterbringung, Betreuung, soziale Beratung und Teilhabe. Parteienübergreifend wurde zudem die Absicht formuliert, auch die europäische Dimension der Flüchtlingspolitik in den Blick zu nehmen und im Rahmen der Möglichkeiten mitzugestalten.

Rund eineinhalb Jahre nach der Fluchtschiffkatastrophe vor Lampedusa hat die Fluchtschiffskatastrophe vor der libyschen Küste im April 2015 dramatisch verdeutlicht, dass viele dieser zwingenden und gemeinschaftlich geschuldeten Antworten von der europäischen Familie und von ihren Mitgliedern bisher nicht, nicht ausreichend oder falsch gegeben wurden. Unter anderem zeigen das:

- der tausendfache Tod in Seenot geratener Mitmenschen;
- die ungenügende innereuropäische Solidarität bei der Aufnahme der Flüchtlinge und Asylsuchenden;
- die mangelhaften Erfolge bei der Bekämpfung des systematischen Schleppertums, der organisierten Kriminalität und missbräuchlicher Einwanderungspraktiken;
- die mangelhafte Kooperation mit den Herkunftsländern;

Datum des Originals: 28.04.2015/Ausgegeben: 29.04.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

- die unzureichenden Erfolge bei dem Mitwirken daran, dass die Ursachen in den Herkunftsländern beseitigt werden, die die Flucht verzweifelnder Menschen auslösen.

Die erneute Flüchtlingskatastrophe Mitte April 2015 hat die europäische Gemeinschaft abermals aufgeschreckt. Menschenleben zu retten ist nun das Gebot der Stunde. Ebenso gilt es mehr denn je, über die humanitäre Hilfe für die Zuflucht suchenden Menschen hinaus alle realistischen Instrumente zu aktivieren, um den auslösenden Faktoren der Flüchtlingsbewegungen zu begegnen, die Not und großes Leid bedingen und in der Folge auch von den europäischen Gesellschaften erhebliche Anstrengungen erfordern.

Die Europäische Union hat mit den Beschlüssen von Luxemburg vom 23.04.2015 die Voraussetzungen dafür geschaffen, die EU-Operationen „Triton“ und „Poseidon“ zu verstärken und die Finanzmittel für diesen Zweck in den Jahren 2015 und 2016 mindestens zu verdreifachen. Die Seenotrettungsmöglichkeiten im Rahmen des FRONTEX-Mandats zu verbessern, kann aber nur ein erster Schritt sein.

Auch die nordrhein-westfälische Landespolitik steht in der Verantwortung für die Flüchtlinge. Als bevölkerungsstärkstes Bundesland muss Nordrhein-Westfalen in Kooperation mit seinen inner- und außereuropäischen Partnern dementsprechend handeln, seine bundes- und europapolitischen Einflussmöglichkeiten nutzen und die eigenen Hilfestellungen optimieren.

## II. Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstreicht den Willen, dem Flüchtlingsschicksal, von dem auch Nordrhein-Westfalen betroffen ist, nach Kräften abzuhelpfen und dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, wie es die Präambel der Landesverfassung fordert.
2. Der Landtag appelliert, den Verwerfungen, die menschliche Not als Ursache der Flüchtlingsbewegungen bedingen, mit allen landespolitischen Mitteln und im Zusammenhalt der internationalen Partnerschaft zu begegnen.
3. Der Landtag betont das Ziel, den Mitmenschen, die verfolgt werden und angesichts der gewaltsamen Konflikte in Nordrhein-Westfalen Schutz suchen, nach Maßgabe des Grundgesetzes bestmöglich zu helfen. Der Landtag begrüßt ausdrücklich das diesbezüglich große Engagement der Zivilgesellschaft.

Besonders zollt der Landtag den vielfältigen Initiativen aus der gesellschaftlichen Mitte, dem privaten Einsatz, den Hilfestellungen aus den Vereinen und dem kirchlichen Raum Dankbarkeit und Respekt.

4. Der Landtag würdigt die Bereitschaft der europäischen Staatengemeinschaft, die gravierenden Defizite in der EU-Flüchtlingspolitik zu korrigieren. Er fordert die europäischen Partner auf, den eingeschlagenen Weg über die Beschlüsse des EU-Sondergipfels zur Flüchtlingspolitik vom 23. April 2015 hinaus konsequent fortzusetzen und die Defizite zu beheben, die diese ersten Beschlüsse offen lassen.
5. Vorrangig ist, die Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge für das Mittelmeer zu gewährleisten und jedes menschliche Leben zu schützen.

**III. Der Landtag beschließt:**

1. Der Landtag Nordrhein-Westfalen bittet die Landesregierung, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die EU über die Beschlüsse des EU-Sondergipfels zur Ausweitung der "Triton"- und "Poseidon"-Missionen hinaus in gebotener Weise Flüchtlinge aus Seenot rettet und vor dem Tod auf dem Mittelmeer bewahrt.
2. Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für ein solidarisches Handeln bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb der Europäischen Union einzusetzen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für die Erstaufnahme von Flüchtlingen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, angemessene Integrationsangebote bereitzustellen und die Kommunen hierbei zu unterstützen, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass Asylanträge in einem angemessenen zeitlichen Rahmen bearbeitet werden und diese im Ergebnis umgehend vollzogen werden.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Eine Welt-Politik und die Internationale Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der Flüchtlingsproblematik neu und stärker zu gewichten.

Armin Laschet  
Lutz Lienenkämper  
Christina Schulze Föcking  
Ilka von Boeselager  
André Kuper  
Serap Güler

und Fraktion